

N i e d e r s c h r i f t

**der 47. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.09.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	anwesend ab 15:30 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Nowotny	CDU	anwesend bis 16:30 Uhr
Herrn Gernot Töpfer	CDU	anwesend von 14:20 Uhr bis 16:50 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE.	anwesend von 14:15 Uhr bis 16:40 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	anwesend ab 14:15 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Christian Fiedler	GRAUE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:05 Uhr
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:15 Uhr
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 14:20 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Swen Mende äußerte sich zum Thema Weihnachtsmarkt mit zwei Fragen:

Weshalb wird nicht der gesamte Marktplatz für den Weihnachtsmarkt genutzt?
Warum gibt es eine Sortimentsbeschränkung für die Händler auf dem Weihnachtsmarkt?
Seines Erachtens gehöre mehr als nur Keramik, Spielzeug, Glühwein, Essen etc. zu Weihnachten.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, teilte bezüglich der ersten Frage mit, dass in diesem Jahr der Weihnachtsmarkt auf dem gesamten Marktplatz durchgeführt werde.

Zur zweiten Frage erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand**, dass die Sortimentsbeschränkung in der Gebührenordnung und Marktordnung so vorgesehen sei. Dort habe der Stadtrat explizit dargestellt, welche Sortimente die Händler auf dem Weihnachtsmarkt anbieten dürfen und danach sei die Ausschreibung seitens der Verwaltung erfolgt.

Frau Juliane Graichen äußerte sich im Auftrag der Bürgerinitiative „Ur-sprünge“ zum Spielplatz auf dem Rosa-Luxemburg-Platz mit folgenden Fragen:

Weshalb gibt es auf dem Spielplatz immer noch kein Kletternetz und keine Töpferscheibe, obwohl zugesichert war, diese in den Sommermonaten anzubringen? Das Grünflächenamt hatte sich bereit erklärt, hier Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Ein Teil des Budgets wurde für Nachbesserungsarbeiten verwendet. Mit dem restlichen Budget hätte man schon längst ein Kletternetz und die Töpferscheibe bestellen können.

Am Kletterpfahl fehlen die Rundstäbe, so dass es momentan ein Marterpfahl sei. Auch die zugesicherte Innenausstattung der Hütten mit Sitzbänken fehlt. Dafür wurde bereits Holz bestellt und die Konstruktionen besprochen. Weiterhin sind an einigen Stellen Nachbesserungsarbeiten zu leisten. Wer ist dafür zuständig und wann werden diese Arbeiten erledigt?

Für die Umgestaltung des Spielplatzes gab es durch den „Förderverein des Landesmuseums“ eine Spende. Wurde eine Restsumme dieser Spende in Höhe von ca. 2.300 € tatsächlich an den Förderverein zurück überwiesen?

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, erwiderte, dass für die Gestaltung des Spielplatzes eine Arbeitsmarktmaßnahme entwickelt wurde. Die Realisierung des Spielplatzes erfolgte durch den Eigenbetrieb für Arbeit und die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ mit dem zur Verfügung stehenden Budget. Einige geplante Dinge konnten teilweise nicht umgesetzt werden, da durch den TÜV noch bestimmte Maßnahmen zu ergreifen waren, wofür man Mittel gebunden habe.

Momentan sind die finanziellen Mittel nicht vorhanden, um den Spielplatz weiter zu gestalten und auszubauen. Das zur Verfügung stehende Budget und die Spende sind vollständig im Spielplatz verbaut worden. Wenn neue Spendenmittel durch die Bürgerinitiative erworben werden, dann sei die Verwaltung gern bereit, das Vorhaben zu unterstützen.

Frau Juliane Graichen bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Neumann und fragte nach, weshalb sie jetzt erneut Spenden für Leistungen, die schon hätten erbracht sein müssen, einwerben soll.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, brachte zum Ausdruck, dass die für die Arbeitsmaßnahme zur Verfügung stehenden Sachkosten sowie die Spendengelder vollständig in den Spielplatz geflossen sind. Der finanzielle Rahmen sei ausgeschöpft. Es stünden keine weiteren Mittel zur Verfügung, um Erweiterungen oder Nachbesserungen usw. zu leisten.

Zu der Spendenrückzahlung in Höhe von ca. 2.300 € sagte Herr Beigeordneter Neumann eine Prüfung zu. Ihm sei diese Information nicht bekannt.

Anmerkung:

Mit Behandlung des TOP 7.4 - Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz, Vorlage: IV/2008/07466 wurden die Fragen von Frau Juliane Graichen beantwortet.

Herr Jörg Katzoreck äußerte sich im Namen der Beschäftigten der Deutschen Telekom am Standort Halle mit folgenden Fragen:

Was hat die Stadt Halle in der Sache des gemeinsam angestrebten Standorterhaltes seit dem 22.08.2008 konkret unternommen? Gibt es Reaktionen der Deutschen Telekom?

Vor ca. 2 Jahren hatten sich Beschäftigte der Deutschen Telekom am Standort Halle an den Stadtrat gewandt und um Unterstützung für den Erhalt ihres Standortes gebeten. Den Beschäftigten sei es im Jahr 2006 gemeinsam mit vielen Unterstützern und einer hohen Anteilnahme der Bürger in der Stadt Halle gelungen, die Schließung des Standortes in der Kaiserslauterer Straße 75 zu verhindern. Trotz einer tariflichen Vereinbarung aus dem Jahr 2007 liegen nun erneut Pläne zur Schließung des Standortes Halle vor.

Herr Katzoreck appellierte an den Stadtrat und brachte die Auswirkungen im Falle einer Schließung des Standortes Halle zum Ausdruck. Er bat den Stadtrat und die Verwaltung um Unterstützung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Information der Standortschließung auch für die Verwaltung sehr überraschend kam. Sie habe sich in einem Schreiben vom 27.08.2008 bei der Deutschen Telekom beschwert, dass der Call-Center Standort Halle geschlossen werden soll, indem man eine „geografische“ Lösung finde.

Am 23.09.2008 habe sie Antwort von der Deutschen Telekom erhalten, dass 24 Städte bundesweit überprüft wurden und allen Mitarbeitern ein Arbeitsplatz angeboten wurde. Bezogen auf die Fahrzeit habe man versucht, die beste Lösung für die Mitarbeiter zu finden. Aufgrund dessen wäre es für die Mitarbeiter am Standort Halle akzeptabel, dann nach Magdeburg zu fahren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados habe sich jetzt anderen deutschen Städten angeschlossen, die ebenfalls von Standortschließungen betroffen sind. Es könne keine Argumentation eines Wirtschaftsunternehmens sein, kurze Fahrzeiten für die Mitarbeiter zu finden, um Standorte zu zentrieren. Sie werde sich auch weiterhin für den Erhalt des halleschen Standortes einsetzen. Denn bei Schließung des Standortes Halle würde auch eine Abwanderung von Mitarbeitern erfolgen. Demzufolge gingen u. a. Arbeitsplätze im gesamten südlichen Sachsen-Anhalt verloren. Auch Leipzig sei betroffen und das würde bedeuten, der engere mitteldeutsche Raum hätte keinen nennenswerten Standort der Deutschen Telekom. Und das sollte sich die gesamte Region nicht bieten lassen.

Auch Frau Oberbürgermeisterin Szabados appellierte an die Stadträte, sich für den Standort Halle einzusetzen.

- 5.3. Bestellung des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle i. G.
Vorlage: IV/2008/07474
- 5.4. Vorbereitung einer Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)
Vorlage: IV/2008/07282
- 5.5. Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Göttingen und Halle
Vorlage: IV/2008/07371
- 5.6. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07349
- 5.7. Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der Haltestelle "BG Kliniken Bergmannstrost" - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: IV/2008/07326
- 5.8. Einziehung einer Teilstrecke der Katowicer Straße
Vorlage: IV/2008/07389
- 5.9. Jahresabschluss 2007 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2008/07423
- 5.10. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07293
- 6. Wiedervorlage
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS
Vorlage: IV/2008/07458
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - Instandsetzung des Verbindungsweges Büschdorf-Reideburg
Vorlage: IV/2008/07461
 - 7.3. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Beteiligung am Bundesförderprogramm zur Erstellung von umfassenden Klimaschutzprojekten für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07465
 - 7.4. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07466
 - 7.5. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Überprüfung von Bedarfsampeln
Vorlage: IV/2008/07467

8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Kostensteigerungen im Verwaltungshaushalt durch Energiepreiserhöhungen
Vorlage: IV/2008/07395
- 8.2. Anfrage der CDU-Fraktion zur Wiedereinrichtung der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: IV/2008/07462
- 8.3. Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zum Anhörungsverfahren im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Delitzscher Straße
Vorlage: IV/2008/07459
- 8.4. Anfrage der Stadträtin Thea Ilse (WIR. FÜR HALLE.) - zur Inanspruchnahme von Landesfördermitteln für kommunale Integrationsarbeit
Vorlage: IV/2008/07464
- 8.5. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex der HzE
Vorlage: IV/2008/07470
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen von Stadträten
11. Anregungen
12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2008

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 46. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.08.2008.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 27.08.2008 gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 27.08.2008 gefassten Beschluss.

TOP 3.1 Festlegung einer Förderung zum modellhaften Umbau des Wohngebäudes
Oleanderweg 21 - 45 in Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07265

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, für den modellhaften Umbau des Wohngebäudes Oleanderweg 21 - 45 eine Förderung in Höhe bis zu 1.350.000 € zu gewähren.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung
Vorlage: IV/2008/07438

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass die Wahl des Beigeordneten gemäß § 66 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt werde. Danach sind Beigeordnete vom Stadtrat im Benehmen mit der Oberbürgermeisterin zu wählen. Die Wahl ist grundsätzlich geheim mit Stimmzetteln vorzunehmen. Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat. Erreicht kein Kandidat diese Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das durch den Vorsitzenden des Stadtrates zu ziehende Los.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Durchführung der Wahl.

Die 49 anwesenden stimmberechtigten Stadtratsmitglieder wurden zur Stimmabgabe der Reihe nach aufgerufen.

Nachdem alle anwesenden Stadtratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, legte der Stadtrat zur Stimmenauszählung eine 15 minütige Pause ein.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang: Beschluss per geheimer Wahl

Herr Tobias Kogge	23 Stimmen
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	18 Stimmen
Herr Gerry Kley	8 Stimmen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass damit keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit von 25 Stimmen der 49 anwesenden stimmberechtigten Stadtratsmitgliedern im ersten Wahlgang erreicht hat. Deshalb wäre ein 2. Wahlgang notwendig.

Die 49 anwesenden stimmberechtigten Stadtratsmitglieder wurden zur Stimmabgabe erneut der Reihe nach aufgerufen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt:

Als Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle i. G. werden bestellt:

CDU

Die LINKE.

SPD

**WIR. FÜR HALLE. – Bündnis 90/DIE GRÜNEN – MitBürger
Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG VS 90**

Herr Bönisch

Herr Dr. Meerheim

Frau Ewert

Herr Prof. Ehrler

Herr Dr. Wöllenweber

**zu 5.4 Vorbereitung einer Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)
Vorlage: IV/2008/07282**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sprach sich im Namen ihrer Fraktion gegen diese Städtepartnerschaft aus. Sie begründete dies damit, dass zum einen die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage nicht ausgewiesen sind und zum anderen durch das menschenrechtsverletzende Regime in China viele Menschen unterdrückt werden. Weiterhin könne sie die Synergieeffekte für Halle mit dieser Städtepartnerschaft nicht erkennen. Man sollte genau darüber nachdenken, ob man mit solch einem Regime eine Städtepartnerschaft eingehen möchte. Stattdessen könnte man die bereits vorhandenen Städtepartnerschaften ausbauen und vertiefen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, sprach sich für diese Städtepartnerschaft aus, auch vor dem Hintergrund, dass die ehemalige Oberbürgermeisterin Frau Häußler bereits eine Absichtserklärung unterschrieben hatte. Damit habe man eine bestimmte Erwartungshaltung erzeugt, die zum Teil auch einen gewissen Verbindlichkeitscharakter habe. Bei Nichtabschluss der Städtepartnerschaft würde die Glaubwürdigkeit der Stadt Halle über die Grenzen hinaus in Frage gestellt.

Gleichzeitig bat Herr Misch darum, dass die Verwaltung zukünftig den Stadtrat über beabsichtigten Städtepartnerschaften informiert, lange bevor die ersten Kontakte entstehen. Es gebe viele gute Gründe, auch mit anderen Städten Partnerschaften abzuschließen. Als Beispiel führte er Ungarn an. Ostdeutschland habe diesem Land im Prozess der deutschen Einheit durch die Grenzöffnung sehr viel zu verdanken.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, wies darauf hin, dass mit dem vorliegenden Beschluss nur die Grundlagen für die Städtepartnerschaft geschaffen werden. Mit Vorlage eines Vertragsentwurfes für die Städtepartnerschaft werde dann der Stadtrat abschließend über eine verbindliche Partnerschaft entscheiden.

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass sich trotz dieses Regimes ein deutlicher Wandel in China zeigt und eine Städtepartnerschaft diesen Wandel unterstützen würde. Es wäre z. B. vor zwei, drei Jahren nicht möglich gewesen, dass Frauen, die ihrer Häuser beraubt wurden, ihre Geschichte vor einer europäischen Kamera frei erzählen konnten und diese dann auch ausgestrahlt wurden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
6 Nein-Stimmen

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Städtepartnerschaft zwischen den Städten Halle (Saale) und Jiaxing zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Halle (Saale) und Jiaxing vorzubereiten mit dem Ziel, günstige kommunalpolitische Voraussetzungen für eine kontinuierliche und effektive Zusammenarbeit in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus zu schaffen.
3. Der administrativ abgestimmte Städtepartnerschaftsvertrag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 5.5 Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Göttingen und Halle
Vorlage: IV/2008/07371

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vereinbarung zur kulturellen Zusammenarbeit der Handelsstädte Halle an der Saale und Göttingen zu.

zu 5.6 Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07349

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die Ergebnisse der Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen vom 09.05.2008.

zu 5.7 Mobilitätsbehindertengerechter Ausbau der Haltestelle "BG Kliniken Bergmannstrost" - Gestaltungsbeschluss Vorlage: IV/2008/07326

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, beantragte im Namen seiner Fraktion den Verweis dieser Vorlage in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten. Es habe sich jetzt ergeben, dass im Rahmen des Lärmaktionsplanes die Merseburger Straße im Bereich der Haltestelle „BG Kliniken Bergmannstrost“ einspurig geführt werden soll. Demnach bestünde nicht die Notwendigkeit, die Baumaßnahme in dem Maße auszuführen. Um nicht unnötig Gelder auszugeben, sollte deshalb im Ausschuss für Planungsangelegenheiten sorgfältig beraten werden. Die Verwaltung hätte dann auch die Gelegenheit, noch einmal ausführlich darzulegen, wie sich zukünftig die Verkehrsführung in der Merseburger Straße gestalten werde.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erinnerte, dass bereits im Ausschuss für Planungsangelegenheiten darüber umfassend diskutiert wurde. Der Lärmaktionsplan sei im Moment eine Analyse, der keine Grundlagen hinsichtlich baulicher Umsetzungen liefert. Eine einspurige Verkehrsführung in der Merseburger Straße scheidet aus dem Grund aus, da diese zwingend Sondertrasse für Schwertransporte im Stadtgebiet sei. In der Stadt Halle gebe es nur wenige Trassen, die für überbreite maschinentechnische Anlagen geeignet wären. In Nord-Süd-Richtung sei das die Merseburger Straße. Das könne man auch anhand des Variantenvergleiches nachvollziehen.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stellte dem entgegen, dass die einspurigen Fahrstreifen in Überbreite gebaut werden können, so dass keine Probleme mit dem Schwerlastverkehr entstehen.

Herr Heft, Fraktion DIE LINKE., fügte hinzu, dass im Rahmen der Lärmaktionsplanung die Merseburger Straße für den durchgehenden LKW-Verkehr komplett gesperrt werden soll. Das würde bedeuten, auch die überbreiten Transporte würden nicht mehr über die Merseburger Straße geführt, sondern müssten die Osttangente nutzen.

Daraufhin erwiderte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack,** dass Schwerlasttransporte nichts mit dem normalen alltäglichen LKW-Verkehr zu tun haben. Weiterhin müsse man bedenken, dass die Schwerlasttransporte auch an den auf der Haltestelleninsel befindlichen Einbauten vorbei kommen müssen. Insofern wäre auch eine überbreite Spur nicht ausreichend. Dies wurde in der Variantendiskussion ausführlich dargestellt und im Ausschuss für Planungsangelegenheiten bereits besprochen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger auf Verweis in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
27 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt den Gestaltungsbeschluss zum mobilitätsbehindertengerechten Ausbau der Haltestelle „BG Kliniken Bergmannstrost“ gemäß der Vorzugsvariante der Vorplanung.

Diese bildet die Grundlage für die Planung, Baurechtsschaffung und Realisierung der HA-VAG-Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

**zu 5.8 Einziehung einer Teilstrecke der Katowicer Straße
Vorlage: IV/2008/07389**

Herr Misch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass die Katowicer Straße in polnischer Schreibweise ausgeführt ist. Es gebe einen Beschluss der Kultusministerkonferenz der Länder, dass Orte, die außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes liegen und in Deutschland benannt werden, in deutscher Schreibweise auszuweisen sind. In Polen werden ursprünglich deutsche Städte auf den Ortsschildern zweisprachig ausgewiesen.

Er fragte, ob die Verwaltung bereit wäre, die Straßenschilder für die Katowicer Straße zukünftig in deutscher Schreibweise auszuweisen.

Rechtliche Auswirkungen auf Ausweispapieren und dergleichen hätte dies nicht. Lediglich bei der Neuausstellung von Dokumenten werde dann die deutsche Schreibweise verwendet.

Herr Misch erklärte sich aufgrund der städtischen Haushaltslage bereit, die Kosten für die neuen Straßenschilder zu übernehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass dieser Vorschlag von der Verwaltung geprüft und dann sicher auch den Intensionen folgen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 5.10 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07293

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, wann der Wirtschaftsplan des Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften behandelt werde. Bisher war es üblich, dass dieser zusammen mit dem Jahresabschluss vorgelegt werde.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, teilte mit, dass im Oktober in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Wirtschaftsplan behandelt werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss des Eigenbetrieb Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2006/2007.**
- 2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 336.597,48 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.**

zu 6 Wiedervorlage

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS
Vorlage: IV/2008/07458

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, gab sich mit der schriftlichen Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Der Punkt 1 der Begründung wäre nicht richtig. Die Stadt Halle habe mit der HAVAG und diese mit der Tochtergesellschaft OBS GmbH einen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag. Insofern bestünde zumindest mittelbar ein Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen der OBS GmbH und der Stadt Halle. Da die HAVAG u. a. von Zuschüssen

der Stadt abhängig ist, könnte der Eindruck entstehen, dass die Bürger der Stadt Halle den Nahverkehr des Saalekreises finanzieren.

Es entstand eine Diskussion darüber, ob dieser Antrag Gegenstand im Stadtrat sein darf oder im Aufsichtsrat der HAVAG geklärt werden müsse. Die Wirtschaftlichkeit der HAVAG bzw. der OBS GmbH sei über den Aufsichtsrat und nicht über den Gesellschafter kontrollpflichtig. Alle Fraktionen haben Mitglieder in den Aufsichtsrat der HAVAG entsandt. Andererseits wurde im Stadtrat damals der Beschluss gefasst, die OBS als Gesellschafter zu erwerben. Insofern sei es verständlich, wenn ein Mitglied des Gesellschafter die Ergebnisse dieses Beschlusses hinterfragt. Außerdem sind die Aufsichtsratsmitglieder gehalten, die im Aufsichtsrat besprochenen Dinge nicht nach außen zu tragen. Aufgrund dessen sollten solche Fragen grundsätzlich geklärt und sich darüber verständigt werden, wie zukünftig mit diesen Informationen umzugehen ist. Wenn der Stadtrat als Gesellschafter keinen Einblick in die Unternehmen habe, sollten Gründungen von Tochtergesellschaften nicht mehr zugestimmt werden.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte die Gründe für die Ablehnung des Antrages. Für jedermann wäre relativ leicht erkennbar bzw. offensichtlich, dass die Unterstellung von Herrn Bauersfeld, die HAVAG würde die OBS subventionieren, nicht gegeben ist. Dies wäre damit begründet, dass einerseits kein direkter Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag bestünde und andererseits es weder eine Nachschusspflicht noch einen Verlustausgleich gegeben hatte bzw. gibt. Als Träger des öffentlichen Nahverkehrs habe er Einblick in die Gesellschaftsverträge und dort sei dies relativ leicht nachzulesen. Damit sei der Vorwurf, die Stadt würde die OBS GmbH subventionieren, offensichtlich beantwortet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass die HAVAG ein eigenständiges Unternehmen sei und Geschäftsberichte und Ähnliches in dem Umfang offen legen, wie sie das laut Gesetz zu tun haben. Die Verwaltung könne keine weiteren Auskünfte geben, als dass es laut Gesellschaftsvertrag der HAVAG - der für jedermann einsehbar sei - keine Nachschusspflicht und keinen Verlustausgleich gebe. Ansonsten würde die Verwaltung in ein Unternehmen eingreifen und über Daten berichten, über die sie nicht berichten könne. Aus diesem Grund sei dieser Antrag nicht Sache des Stadtrates und sollte abgelehnt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schlug der CDU-Fraktion vor, den Antrag zurückzuziehen unter der Bedingung, dass der Sachverhalt als solcher geprüft werde, so dass für alle eine Klarheit besteht.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS für das Jahr 2007 anhand des Jahresabschlusses, des Passagieraufkommens, der Zuweisungen aufgrund des Verkehrsbedienungsvertrages mit der HAVAG, der Zahlungen des Saalekreises und sonstiger Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Hauptausschuss
verwiesen.

**zu 7.2 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - Instandsetzung des
Verbindungsweges Büschdorf-Reideburg
Vorlage: IV/2008/07461**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte in welchem Zeitraum diese Maßnahme realisiert werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass die Baumaßnahme im Jahr 2009 realisiert werde. Dies sei aber in der Stellungnahme nachzulesen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Weg zwischen Delitzscher und Altenburger Straße wird in denselben Zustand versetzt, wie der Weg zwischen Annaberger Straße und Kapellenplatz (Schotterung).

**zu 7.3 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Beteiligung am Bundesförderprogramm zur Erstellung von umfassenden Klimaschutzprojekten für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07465**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, informierte, dass sie vor einigen Tagen bei der internationalen Klimaschutzkonferenz der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Dresden gewesen war. Diese tagte unter dem Titel „Die Ressourcen der Stadt“ über Klimaschutz, Grün und Lebensqualität. Unter anderem waren Klaus Töpfer und alle großen Städte eingeladen. Sie sei überrascht gewesen, wie viele Projekte mit dem Bundesförderprogramm bereits umgesetzt wurden.

Frau Wolff sprach sich gegen eine Verweisung des Antrages aus. Sie begründete dies damit, dass die Stadt Halle dann wieder nicht an dem Bundesförderprogramm teilnehmen könne, da dieses laut Richtlinie am 30.12.2008 abgeschlossen sei.

Mit einer Beteiligung würde man durch die Umsetzung verschiedener Projekte auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Der „Klimaschutzmanager“ könne z. B. Schulträgern helfen, Energiesparmodelle wie „fifty/fifty“ an Schulen einzuführen. Förderfähig wären hier Sach- und Personalkosten bis zu 3 Jahren.

Sie bat darum, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und sich an diesem Bundesmodellprojekt zu beteiligen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass sie dieses Förderprogramm des Bundesumweltministeriums für ausgesprochen ansehenswert und beteiligungswert halte. Die Verwaltung werde in dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten bereits ein konkretes Projekt vorstellen, mit dem sie sich an diesem Förderprogramm beteiligen wolle. Aus diesem Grund verwies sie den Antrag in den Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten.

Dieser Begründung zufolge, erklärte sich **Frau Wolff** mit der Verweisung Ihres Antrages einverstanden.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bat die Verwaltung darum, dann auch ausführlich konkrete Projekte vorzuschlagen, um den Zeitplan bis zum 30.12.2008 einzuhalten. Es ginge ausschließlich darum, Fördergelder zu erhalten, die dann sinnvoll in der Stadt eingesetzt werden könnten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies auf die nächste Betriebsausschusssitzung des Zentralen Gebäudemanagements am 30.10.08 hin. Dort werde der Energiebericht des EB ZGM behandelt. Im Rahmen dieses Energieberichtes sollte das Bundesförderprogramm in der Betrachtung des gesamten Komplexes berücksichtigt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt sich für das Bundesmodell zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

zu 7.4 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07466

Auf Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE erfolgt ein Wortprotokoll. Dieses ist als Anlage beigefügt (Seite 39 ff).

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bezog sich auf die Ausführungen von Frau Graichen aus der Einwohnerfragestunde und stimmte mit ihr überein, dass der Spielplatz fertig gestellt werden müsse. Sie fragte, weshalb ein Spendenanteil in Höhe von 2.300 € an den Förderverein zurück gezahlt wurde und was die Verwaltung unternehmen wolle, um den Spielplatz fertig zu stellen.

Seitens der Verwaltung wurde dargestellt, dass die finanziellen Mittel ausgeschöpft sind. Es stünden keine weiteren Mittel zur Verfügung, um den Spielplatz weiter zu gestalten. Werden neue Spendengelder erworben, unterstütze die Verwaltung selbstverständlich die Fertigstellung des Spielplatzes.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Steinzeitspielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz noch in diesem Jahr fertig zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

zu 7.5 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Überprüfung von Bedarfsampeln
Vorlage: IV/2008/07467

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Gleichzeitig regte sie an, folgende Fragen in dem Ausschuss zu klären:

1. Wie oft werden Kontrollen bei Bedarfsampeln durchgeführt? Als Beispiel nannte sie die Ampel am Nordbad, an der Delitzscher Straße, Äußere Hordorfer Straße und Dessauer Straße Richtung B 100.
2. Weshalb ist direkt vor dem technischen Rathaus kein Fußgängerüberweg möglich, aber an der Haltestelle Joliot-Curie-Platz Richtung Post schon, obwohl dort der Straßenverkehr unübersichtlicher ist?

Herr Misch, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass die Ampeln zur Verkehrsregulierung und diese zum übertragenen Wirkungskreis gehört. Insofern habe an dieser Stelle der Stadtrat kein Mitspracherecht. Er könne demnach die Verwaltung nicht beauftragen, sondern bestenfalls bitten zu überprüfen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- 1. Bedarfsampelschaltungen (z.Bsp. Dessauer Platz/Äußere Hordorfer Str., Hansering u.a.) auf reguläre Ampelphasen zu überprüfen und*
- 2. zu überlegen statt der Bedarfsampeln alternativ Fußgängerüberwege zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Kostensteigerungen im Verwaltungshaushalt durch Energiepreiserhöhungen Vorlage: IV/2008/07395

Seit dem Jahr 2000 ist der durchschnittliche Verbraucherpreis privater Haushalte für Erdgas von 3,94 €/T auf 6,51 €/T incl. MwSt. und für Strom von 14,92 c/kWh auf 20,15 c/kWh incl. MwSt. gestiegen. Weitere dramatische Erhöhungen sind in den kommenden Jahren zu erwarten. Die Preisentwicklung bei der EVH verlief ähnlich. Der Strompreis stieg hier von 12,78 c/kWh im Jahr 2000 auf 19,60 c/kWh im Jahr 2007 im Tarif „spar +“ und vom 15,54 c/kWh auf 20,36 c/kWh im Normaltarif.

Diese Entwicklung belastet nicht nur die Hallenserinnen und Hallenser sondern auch den Verwaltungshaushalt der Stadt Halle, insbesondere bei den durch die Stadt genutzten Gebäuden und den durch die Stadt zu übernehmenden Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie haben sich die Energiekosten für die im städtischen Eigentum befindlichen bzw. von der Stadt genutzten Gebäude in den Jahren 2000 bis 2007 entwickelt?
2. Wie haben sich die in den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger enthaltenen Übernahmen für Energiekosten in den Jahren 2005 bis 2007 entwickelt?
3. Wie sieht die Verwaltung die Entwicklung der Energiepreise in den kommenden Jahren?

4. Sind zu erwartende Steigerungen in den oben genannten Bereichen in der mittelfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die zu erwartenden Kostensteigerungen zu begrenzen?

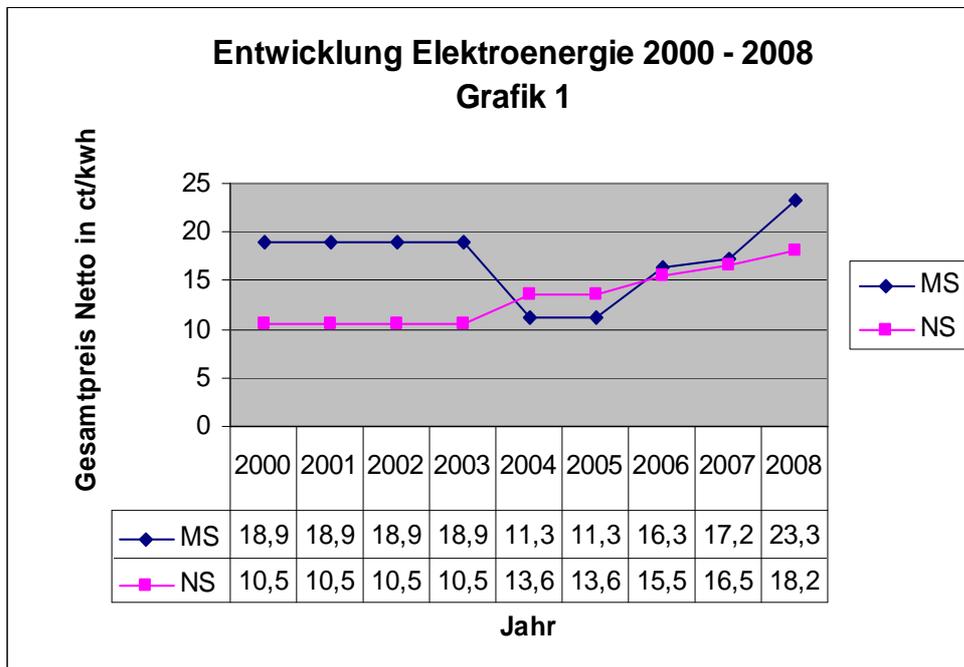
gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

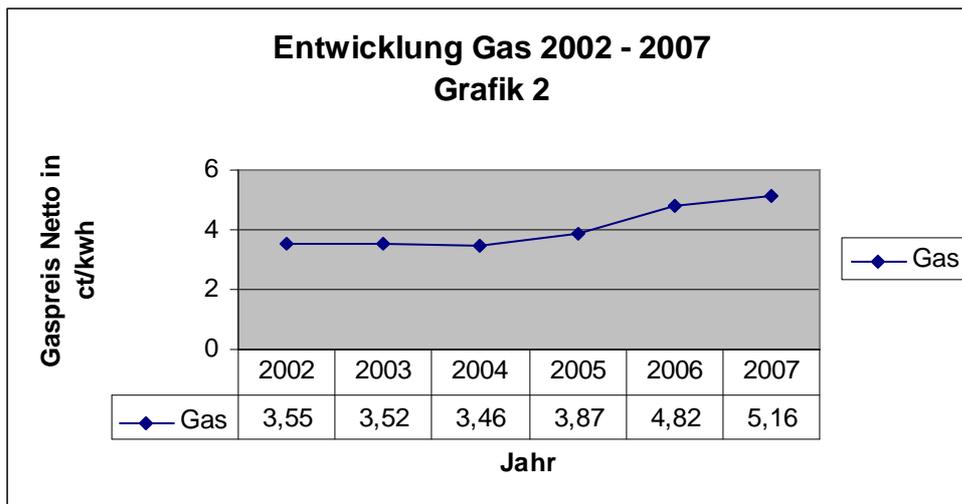
Frage 1

Wie haben sich die Energiekosten für die im städtischen Eigentum befindlichen bzw. von der Stadt genutzten Gebäude in den Jahren 2000 bis 2007 entwickelt?

Durch die Stadt Halle wurden die Stromtarife immer über Rahmenverträge mit dem Energieversorger, der Energieversorgung Halle, geregelt. In der nachfolgenden Grafik 1 ist die Kostenentwicklung für die Teilbereiche Niederspannung (NS) und Mittelspannung (MS) aufgezeigt. Die dort dokumentierten Preise sind Nettopreise. In diesen Preisen sind alle zusätzlichen Aufschläge wie Stromsteuer, KWKG und EEG Aufschlag enthalten. Die Strompreise für die im Eigentum der Stadt Halle befindlichen und von der Stadt Halle betriebenen Gebäude sind im Zeitraum von 2000 bis 2008 von 18,89 ct/kwh auf 23,30 ct/kwh gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 23 % im Teilbereich der Mittelspannung. Im Teilbereich der Niederspannung wurde im selben Zeitraum ein Anstieg von 10,47 ct/kwh auf 18,20 ct/kwh verzeichnet. Dies bedeutet einen Anstieg von ca. 74 %.



Die durch die Energieversorgung Halle angebotenen Gastarife fanden in den Liegenschaften der Stadt Halle Anwendung. In der beigefügten Grafik 2 ist die Entwicklung der durchschnittlichen Gaspreise (netto) dargestellt. In diesen Preisen sind sämtlichen Aufschläge enthalten. Die Gaspreise für die im Eigentum der Stadt Halle befindlichen und von der Stadt Halle betriebenen Gebäude sind im Zeitraum von 2002 bis 2008 von 3,55 ct/kwh auf 5,16 ct/kwh gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 45 %.



Frage 2

Wie haben sich die in den Kosten der Unterkunft für ALG - II - Empfängern enthaltenen Ü-bernahmen für Energiekosten in den Jahren 2005 bis 2007 entwickelt?

Bei der Beurteilung der Energiekostensteigerungen sind im Zusammenhang mit der KdU-Gewährung folgende grundsätzliche Kriterien vorab zu berücksichtigen:

1. Energiekosten, die im Zusammenhang mit Wohnungsbeleuchtung, dem Betrieb elektrischer Geräte oder zum Kochen anfallen, sind im Regelsatz enthalten und berühren deshalb die Kosten der Unterkunft nicht. Diese Energiekostensteigerungen gehen ausschließlich zu Lasten des Leistungsempfängers und sind aus seinem Regelsatz zu bezahlen.
2. Die Bundesagentur für Arbeit bietet ab Dezember 2007 erstmals die Möglichkeit an, trägerbezogen die einzelnen Kostenarten der KdU (Nettokaltmiete, Betriebskosten, Heizungskosten) separat abzurufen und auszuwerten. Diese Datensätze liegen der Statistikstelle vor und werden z. Z. ausgewertet. Daraus folgt, dass eine separate Darstellung der einzelnen Kostenarten für die Vorjahre nicht möglich ist.

Das Sozialamt hat 2006 im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Behinderung, in dem nach den gleichen Richtlinien wie bei der KdU nach dem SGB II verfahren wird, eine interne Erhebung angestellt, in wie vielen Fällen Nachzahlungen und in wie vielen Fällen Rückzahlungen erfolgten. Im Ergebnis hielten sich Nachzahlungen und Rückzahlungen in etwa die Waage, so dass zum damaligen Zeitpunkt davon ausgegangen wurde, dass die derzeit gültigen Beträge für Heizung und Betriebskosten einem Mittelwert entsprechen, der den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht.

3. Bei der Beurteilung der Angemessenheit wurde bisher davon ausgegangen, dass die Angemessenheitsgrenze sich ausschließlich am Gesamtprodukt, d. h. der Bruttowarmmiete, ergibt. Die inzwischen flächendeckende Rechtsprechung geht jedoch davon aus, dass die Angemessenheit an einem Produkt gemessen wird, das sich ausschließlich aus Nettokaltmiete und Betriebskosten zusammensetzt, und urteilt ebenso flächendeckend inzwischen, dass Heizungskosten in jedem Fall in der tatsächlichen Höhe zu übernehmen sind, es sei denn, es liegen Anhaltspunkte für unwirtschaftliches Verhalten vor.

4. Sowohl durch die langsam aber stetig sinkenden Fallzahlen im SGB II wie auch durch anstehende Änderungen im Wohngeldrecht ab 1.1.09 wird erwartet, dass die Zahl der Leistungsempfänger weiterhin rückläufig sein wird.

Aus den bereits oben erwähnten Materialien der Bundesanstalt für Arbeit, die sich auf das Jahr 2007 beziehen, ist erkennbar, dass bereits 2007 40 % aller Bedarfsgemeinschaften mit den Grenzwerten für Betriebs- und Heizungskosten nicht auskamen, so dass höhere Kosten übernommen wurden. Aufgrund der zurückgehenden Empfängerzahlen hat sich dieses auf das Haushaltsvolumen für die Kosten der Unterkunft jedoch nicht negativ ausgewirkt. Auch 2008 wird der Haushaltsansatz KdU voraussichtlich ausreichen. Für 2009 werden KdU in gleicher Höhe wie 2008 eingeplant. Es wird dabei davon ausgegangen, dass aufgrund der sinkenden Empfängerzahlen und der Änderungen im Wohngeldrecht insbesondere die steigenden Heizungskosten, die, wie erwähnt, in tatsächlicher Höhe zu übernehmen sind, ausgeglichen werden können. Über eine Änderung des derzeitigen Eckwertes für Betriebskosten (1,25 Euro je m²) soll entschieden werden, wenn die Materialien der BA komplett ausgewertet worden sind.

Frage 3

Wie sieht die Verwaltung die Entwicklung der Energiepreise in den kommenden Jahren?

Bei der jetzigen Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt ist mit einer weiteren Steigerung der Energiepreise für die Stadt Halle zu rechnen.

Wie diese Entwicklung genau verlaufen wird, kann die Verwaltung nicht vorhersagen. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich der jährliche Anstieg nicht verringern wird. D. h., der durchschnittliche Anstieg der Energiepreise im Betrachtungszeitraum von jährlich 8 % wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren einstellen und kann bzw. muss daher den Überlegungen zur Energiebewirtschaftung zugrunde gelegt werden.

Frage 4

Sind die zu erwartenden Steigerungen in den oben genannten Bereichen in der mittelfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt?

Die Zahlen der jeweiligen Betriebskostenabrechnungen werden als Grundlage für das kommende Jahr berücksichtigt. Die Einrechnung von Preiserhöhungen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist im Vorfeld nicht seriös kalkulierbar, sodass man auf fundierte Erfahrungswerte zurückgreift und diese fortschreibt. Diese Verfahrensweise ist gemäß der GemHVO (Kameralistik) zulässig.

Frage 5

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die zu erwartenden Kostensteigerungen zu begrenzen?

Die Kostensteigerungen lassen sich nur dann begrenzen, wenn alle Möglichkeiten, sowohl organisatorische anlagentechnische, als auch bauliche Maßnahmen, genutzt werden, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Organisatorische Maßnahmen, wie zum Beispiel das Monitoring der Energieverbräuche, sind eher dazu geeignet kurzfristige Verbesserungen zu bewirken. Sie zielen insbesondere darauf ab, das Nutzerverhalten zu beeinflussen und erfordern im Verhältnis zu anderen Maßnahmen einen geringen Mitteleinsatz; bewirken dabei aber auch nur einen geringen Einspareffekt, der in der Regel bei ca. 4 bis 5 % liegt. Die Ergebnisse des Monitorings bei großen Verbrauchseinheiten, sollen ab Oktober diesen Jahres im Intranet veröffentlicht werden und dem Nutzer die Möglichkeit bieten, auf die aktuellen Verbräuche zu reagieren.

Mittelfristig wirken Maßnahmen, die die Anlagentechnik verbessern sollen. Hier ist der Aufwand höher, da Anlagen beschafft werden müssen, die dem Stand der Technik entsprechen, oder bestehende Anlagen durch Austausch einzelner Komponenten ertüchtigt werden sollen. Die Einspareffekte sind allerdings ebenfalls höher. Die Amortisation erfolgt mittelfristig. Durch den anhaltenden Verbesserungsprozess in der Anlagentechnik sind die mittelfristigen Maßnahmen einerseits fortlaufend zu überprüfen, wenn die daraus resultierenden Einspareffekte optimal genutzt werden sollen. Andererseits ergeben sich daraus immer wieder neue Möglichkeiten, im Zuge einer möglichst planmäßigen Instandhaltung / Instandsetzung der Energietechnik die Effizienz zu verbessern – zum Beispiel durch höhere Wirkungsgrade der Energieerzeugungsanlagen, Reduzierungen der Verluste bei der Energieübertragung, Verbesserung der Steuerung und Ausnutzung etc.

Mittelfristige Einspareffekte können bis zu 15 % Einsparung erbringen. Sie sind ohne Investitionen und damit einen entsprechenden Mitteleinsatz nicht zu erreichen. Eine Amortisation findet nach ca. 10 bis 15 Jahren statt.

Langfristige Effekte entstehen bei Investitionen in die bauliche Hülle von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Sporthallen u. a. Diese Einsparungen können deutlich höher ausfallen als die Reduzierungen im Energieverbrauch durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen. Die Einsparungen von bis zu 40 % des Energieverbrauchs setzen jedoch einen hohen Kapitaleinsatz voraus und sind nur bei langen Amortisationsfristen zu erzielen.

Aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Energieaufwendung in den städtischen Gebäuden und baulichen Anlagen der Stadt, ist eine Priorisierung der Maßnahmen unabdingbar, die sich am Verhältnis von Mitteleinsatz und Einsparmöglichkeit orientiert.

Die Verwaltung wird dazu Vorschläge im Zuge der Energieberichterstattung unterbreiten und zielgerichtet die verschiedenen Formen der Umsetzung berücksichtigen, die vom Energiemonitoring, über die Einbeziehung der Nutzer bis zum Contracting etc. reichen.

Egbert Geier
Beigeordneter

Dr. habil Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter

Dr. Thomas Pohlack
Beigeodneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur Wiedereinrichtung der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: IV/2008/07462

Wie bewertet die Stadtverwaltung das Konzept des Motorradstammtisches Teicha zur temporären Wiedereinrichtung der Halle-Saale-Schleife?

Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Halle-Saale-Schleife ist aus der Erinnerung vieler Hallenserinnen und Hallenser nicht verschwunden. Bis in das Jahr 1967 wurden hier Rennen gefahren. Die ehemalige Strecke ist teilweise mit dem Namen „Halle-Saale-Schleife“ auch heute noch offiziell benannt. Es gibt für die temporäre Wiedereinrichtung der Rennstrecke einen potentiellen Träger, der sich aus Ehrenamtlichen zusammensetzt. Sollte eine temporäre Wiedereinrichtung gelingen, könnte Halle (Saale) im internationalen Rennkalender mit sogenannten „Classic“-Rennen wieder eine Rolle spielen. Die CDU-Fraktion steht der Initiative des potentiellen Trägers grundsätzlich positiv gegenüber.

Antwort der Verwaltung:

Der Wunsch des langjährigen Motorrad-Rennfahrers Ralf Schramm („Ich will einmal auf der Halle-Saale-Schleife ein Rennen starten.“) nach Wiederbelebung von Motorsportveranstaltungen auf der Halle-Saale-Schleife und sein Engagement hierfür ist durch mehrere Presseveröffentlichungen in den letzten Wochen bekannt geworden. Hierfür soll er gemeinsam mit dem Motorradstammtisch in Teicha ein Konzept zur „temporären Wiedereinrichtung der Halle-Saale-Schleife“ entwickelt haben. Ein solches Konzept ist der Stadtverwaltung bisher nicht bekannt. Inzwischen konnte in Erfahrung gebracht werden, dass dieses Konzept voraussichtlich bis Mitte Oktober 2008 der Stadtverwaltung vorgestellt werden soll. Erst nach dessen Kenntnisnahme wird die Stadtverwaltung eine Bewertung vornehmen können.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zum Anhörungsverfahren im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Delitzscher Straße Vorlage: IV/2008/07459

Vom 26.05. bis 25.06. erfolgte die Offenlegung der Unterlagen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Delitzscher Straße in der Außenstelle Halle-Neustadt, Am Stadion. Am 29.07 fand eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Anlieger im Stadthaus statt.

In diesem Zusammenhang frage ich die Verwaltung:

- 1. Wie viele Einwendungen der Anlieger wurden eingereicht?**
- 2. Wie viele Klagen wurden bisher eingereicht bzw. angekündigt?**
- 3. Gegen welche Punkte der Planung richteten sich die Einwendungen hauptsächlich?**
- 4. Welche Einwendungen der Anlieger führten zu Änderungen in der Detailplanung gegenüber dem Grundsatzbeschluss?**

5. **Stimmt es, dass für den Ausbau der Delitzscher Straße jeweils ein Fördermittelantrag für die Straßenbahntrasse und für den Straßenausbau gestellt werden muss, d.h. dass die Fördermittelvergabe für Straßenbahntrasse und Straße unabhängig voneinander erfolgt?**
6. **Wie hoch sind die Anliegerbeiträge maximal und im Mittel?**
7. **Wie hoch sind die Kosten für den Erwerb der benötigten Grundstücke nach den bisherigen Berechnungen?**

gez. Martin Bauersfeld
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Anzahl Einwendungen:

- insgesamt 67 Einwendungen privater und gewerblicher Betroffener, davon eine Listeneinwendung mit 350 Unterschriften

zu 2.

eingereichte oder angekündigte Klagen:

- eingereichte Klagen sind nicht bekannt;
- in 9 Einwendungen wurde eine Klage angekündigt

zu 3.

hauptsächlicher Gegenstand der Einwendungen:

- Planrechtfertigung (Erforderlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn- und Straßenbaumaßnahme);
- Beschränkung der Ein- und Ausfahrt auf Rechts rein/raus durch den eigenen Gleiskörper der Straßenbahn;
- Wegfall/Reduzierung der Stellplätze (derzeit ungeordnet) an der Straße;
- Lärm- und Schadstoffemissionen;
- Dauerhafte (für Erweiterung Straße) und zeitweilige (für Bauzeit) Grundstücksinanspruchnahme;
- Anliegerbeiträge (nicht Gegenstand der Planfeststellung).

zu 4.

Nach dem Grundsatzbeschluss vom 27. Juni 2007 bis zum Beginn des Planfeststellungsverfahrens (Mai 2008) wurden eingegangene Hinweise und Einwendungen ausgewertet und soweit möglich in der weiteren Planung berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden Anlieger in persönlichen Gesprächen direkt informiert und deren Betroffenheiten besprochen. Das betrifft unter anderem die Anlieger mit gewerblichen Nutzungen, die teils erhebliche Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Stadt Halle aufweisen, so z. B. die ABB Transformatorenfabrik, die Halloren Schokoladenfabrik, das Mitteldeutsche Verlagshaus, die Spedition Finsterwalder und die OECON Containerbau.

Mit ca. 31 Anliegern wurden bislang Abstimmungen und Gespräche geführt, Hinweise oder Einwände entgegen genommen oder Ortsbegehungen durchgeführt.

Von den 31 Hinweisen, Einwänden oder Konflikthanzeigen wurden 25 zu einer einvernehmlichen Lösung geführt. Mit 6 Anliegern verblieben Konfliktpositionen. Dies liegt insbesondere in differierenden Auffassungen zur Notwendigkeit die Linksabbiegevorgänge auszuschließen, der Unvermeidbarkeit von Grundstücksinanspruchnahme und den nicht ausreichenden Möglichkeiten öffentliche Parkplätze anbieten zu können.

In der Planung wurde durch Schaffung von Wendemöglichkeiten (innerhalb der Wendeanlage westlich der Fiete-Schulze-Straße insbesondere auch für Sattelzüge und Lastzüge), der

Reduzierung von Haltestellenbreiten zur Verringerung von Grundstücksinanspruchnahme und der maximal möglichen Einordnung von Parktaschen am Fahrbahnrand versucht, die Konflikte zu mildern.

Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens erfolgten weitere Einwendungen. Die Auswertung und die Bearbeitung der Antwortstellungen erfolgt bis Ende September 2008. Die Erörterungstermine sind für Oktober 2008 vorgesehen. Danach erfolgt die Abwägung durch die Planfeststellungsbehörde.

Somit kann derzeit noch nicht endgültig mitgeteilt werden, welche Details noch geändert werden.

Es zeichnet sich aber ab, dass eine Vielzahl von Einwendungen und Hinweisen zumindest teilweise berücksichtigt werden können.

Hingegen werden grundsätzliche Änderungsforderungen (z. B. Bus statt Straßenbahn) nicht bestätigt werden.

Zum gesamten Vorhaben erfolgt in der nächsten Zeit eine nochmalige Öffentlichkeitsarbeit in Form von Bürgerversammlungen zur Delitzscher Straße im Gesamtkontext Hallescher Osten.

zu 5.

Wie bereits in der Vorlage zum Grundsatzbeschluss und im Baubeschluss (Güterbahnhof bis Kanenaer Weg) ausgeführt, wurde der Straßenausbau beim Land gemäß § 3 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeindeaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) beim Land Sachsen-Anhalt zur Förderung des kommunalen Straßenbaus beantragt.

Die Fortsetzung der Gesamtmaßnahme der Straßenbahnneubaustrecke wurde im Bundesprogramm nach § 6 Abs. 1 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GFVG) beantragt. Ergänzend zu den Bundesmitteln erfolgt hier auch eine Förderung mit ergänzenden Landesmitteln (ÖPNV-Förderung).

Durch Bund und Land wurde deutlich darauf hingewiesen, dass „nur eine gleichzeitige Finanzierung und Bau der beiden Teile Straße und Straßenbahn sinnvoll ist“ (Arbeitskreissitzung vom 18. Januar 2007)

In soweit erfolgt eine separate aber keine unabhängige Fördermittelvergabe. Der Wegfall der Gleisstrasse bedeutet gleichzeitig Wegfall der sich ergebenden Synergien. Dies bedeutet für den Straßenbau erhöhte Gesamtkosten. Damit entstünden: Förderung der Mehrkosten vorausgesetzt, höherer Eigenmittelbedarf und höhere Anliegerbeiträge.

zu 6.

Die Beitragsabrechnung der Delitzscher Straße erfolgt abschnittsweise. Je nach Umfang bzw. Nutzungsart der bevorteilten Flächen an den Abrechnungsabschnitten werden pro m² beitragsfähiger Grundstücksfläche Aufwendungen zwischen voraussichtlich 1,63 EUR (für großflächige Gewerbegrundstücke an der Teilstrecke vom Kanenaer Weg und Alfred-Schneider-Straße) und 4,60 EUR (Mischnutzung kleinerer Anliegergrundstücke am Abschnitt Alfred-Schneider-Straße bis Spargelweg) umzulegen sein.

Für die Berechnung wurden die Ausbaukosten vorgenannter Abschnitte, verteilt auf 214 Buchgrundstücke, zugrunde gelegt.

Der umlagefähige Aufwand für den Ausbauabschnitt ab „Spargelweg“ bis Kreuzung „Schönnewitzer Straße“ wird derzeit ermittelt.

zu 7.

Grunderwerb wird im Umfang von ca. 15.000 m² notwendig.

Die Grunderwerbskosten wurden entsprechend der Bodenrichtwertkarte ermittelt und betragen ca. 500 T€.

Von dem Gesamtumfang des Erwerbs von Grundstücken sind mehr als 50% bereits heute als Verkehrsfläche genutzt und sind von der Stadt perspektivisch ohnehin zu erwerben gemäß Straßengesetz Land Sachsen-Anhalt.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, merkte an, dass im Punkt 5 der Antwort das erste mal deutlich wurde, dass der Straßenbahnbau und der Straßenbau in der Delitzscher Straße durch zwei verschiedene Fördermittelgeber unterstützt werde. Dies wurde dem Stadtrat bisher immer anders dargestellt. Insofern war die Voraussetzung für den Grundsatzbeschluss damals eigentlich nicht gegeben.

Des Weiteren werde auf eine Arbeitskreissitzung Bezug genommen. Die Stadträte kennen weder die Teilnehmer, noch das Ergebnis dieser Sitzung.

In dem Punkt 5 werde außerdem auf wegfallende Synergien und Mehrkosten hingewiesen. Quantifiziert sei dies aber bislang nirgendwo.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack wies die Ausführungen von Herrn Bauersfeld ausdrücklich zurück. Von Anfang an war die Geschäftsgrundlage, aus diesen beiden Förderprogrammen für die Maßnahmen Straßenbau und Straßenbahnbau zu profitieren. Eine andere Möglichkeit bzw. Grundlage gebe es nicht. Mit Bund und Land wurden die Zusammenhänge dieser beiden Maßnahmen erörtert, da Synergien entstünden, wenn man beide Maßnahmen im Komplex realisiert.

Bezogen auf die Arbeitskreissitzung teilte Herr Bürgermeister Dr. Pohlack mit, dass diese ein verwaltungsinternes Arbeitsmittel sei, die mit Bund und Land diese Fördermaßnahme vorbereitet habe.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der Stadträtin Thea Ilse (WIR. FÜR HALLE.) - zur Inanspruchnahme von Landesfördermitteln für kommunale Integrationsarbeit
Vorlage: IV/2008/07464**

Gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt (siehe Runderlass des Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalt vom 10. April 2008 im Anhang) können Landkreise und kreisfreie Städte Fördermittel zur Schaffung von Koordinierungsstellen für die Organisation kommunaler Integrationsarbeit erhalten (Punkt 2.1. der Richtlinie).

Falls diese Koordinierungsstellen schon vorhanden sind, können ergänzende Maßnahmen, die der Verbesserung der kommunalen Integrationsarbeit dienen, gefördert werden. (Punkt 2.2. der Richtlinie)

Förderfähig sind bis zu 90% der Personal- und Sachausgaben für eine Personalstelle bis zu einem Betrag in Höhe von 43.570 €, angelegt auf 5 Jahre ab 2008 (Punkt 4.5 der Richtlinie). Angesichts der mittelfristig wegfallenden Fördermittel des Landes für bestimmte Integrationsprojekte sowie zur Entlastung des städtischen Haushalts sollte auf eine solche Möglichkeit der Finanzierung nicht verzichtet werden.

Ich frage:

Wurde bereits ein Bewilligungsantrag gestellt bzw. beabsichtigt die Stadtverwaltung einen Antrag zu stellen, und wie ist ggf. der aktuelle Stand?

Wenn keine Antragstellung vorgesehen ist, bitte ich um eine entsprechende Begründung.

Thea Ilse
Stadträtin WIR. FÜR HALLE.

Anlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt

Antwort der Verwaltung:

Bisher wurde kein Bewilligungsantrag gestellt. Eine mögliche Antragstellung wird derzeit de-zernatsübergreifend geprüft, da finanzielle und inhaltliche Abstimmungsbedarfe bestehen.

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex der HzE
Vorlage: IV/2008/07470**

-
1. Welche Belegung ergibt sich im HzE-Bereich aus der Halbjahresstatistik 2008?
 2. Ist ein Nachtragshaushalt 2008 in diesem Bereich nach unserer Haushaltssatzung notwendig?
 3. Wann rechnet die Verwaltung mit den konsolidierenden Effekten des umstrittenen Fachkonzeptes?
 4. Welche konkreten Ergebnisse der neuen Steuerungsinstrumente des Fachkonzeptes liegen vor?
 5. Welche Planungseckdaten liegen für die Förderung der sogenannten Freiwilligen Leistungen der Jugendhilfe vor?

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez. Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

1. Welche Belegung ergibt sich im HzE-Bereich aus der Halbjahresstatistik 2008?

Aus der monatlichen Statistik des Amtes für Kinder, Jugend und Familie ergeben sich folgende Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung:

Hilfearten	Fallzahlen per 30.06.2008
Minderjährige	935
individuelle Hilfen	27
ambulante Hilfen	365
stationäre Hilfen	308
Pflegen	235
Volljährige	76
individuelle Hilfen	1
ambulante Hilfen	33
stationäre Hilfen	38
Pflegen	4

(Quelle: Auszug aus dem Programm JUCON per 30.06.2008; bei Pflegen manuelle Statistik – ohne Bereitschaftspflegen)

2. Ist ein Nachtragshaushalt 2008 in diesem Bereich nach unserer Haushaltssatzung notwendig?

Ein Nachtrag gemäß § 5 der Haushaltssatzung ist nicht erforderlich, da es nicht zu Mehrausgaben im definierten erheblichen Umfang kommt.

3. Wann rechnet die Verwaltung mit den konsolidierenden Effekten des umstrittenen Fachkonzeptes?

Zunächst ist festzustellen, dass mit den Änderungen des SGB VIII (KICK sowie dem zu erwartenden Kinderförderungsgesetz) und dem in Sachsen-Anhalt geplanten Kinderschutzgesetz zusätzliche Aufgaben und andere Qualitätsansprüche auf die Jugendämter zugekommen sind bzw. hinzukommen werden. Das Fachkonzept wird ständig überarbeitet, um auf künftige Herausforderungen gut vorbereitet zu sein. Die Senkung der Ausgaben in den Hilfen zur Erziehung bleibt dabei ein Ziel der Stadtverwaltung. Der Vergleich der pro Kopf-Ausgaben im HzE-Bereich, bezogen auf die Bevölkerung, zeigt, dass z. B. Leipzig im Jahr 2007 bei rd. 72 Euro lag und Halle bei 85 Euro. Die Verwaltung rechnet ab 2010 mit einer Konsolidierung.

4. Welche konkreten Ergebnisse der neuen Steuerungsinstrumente des Fachkonzeptes liegen vor?

Folgende Ergebnisse der bisherigen Umsetzung des Fachkonzeptes liegen vor:

- 5 neu gegründete Sozialraumplanungsgruppen
- 10 arbeitsfähige Quartiersrunden
- der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem EB Kita

- Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen in 108 Fällen, anstelle einer ambulanten Hilfe (Stand Juli 2008)
- 30 individuelle Hilfen, unter Einbeziehung der Ressourcen der Familie, des Umfeldes und des Sozialraumes (Stand Juli 2008)

5. *Welche Planungseckdaten liegen für die Förderung der so genannten Freiwilligen Leistungen der Jugendhilfe vor?*

Die Planung im Bereich Förderung von Freien Trägern der Jugendhilfe wird im November um Jugendhilfeausschuss beraten; die Planungseckdaten können erst mit dem Haushalt 2009 festgeschrieben werden

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, teilte bezüglich des Haushaltes 2009 mit, dass vorsorglich alle Verträge, die mit freiwilligen Leistungen der Stadt zu tun haben, durch die jeweiligen Beigeordneten gekündigt werden. Dies habe den Grund, dass im Zusammenhang mit den Etatberatungen für das Jahr 2009 die Verwaltung Entscheidungs- und Handlungsfreiheit benötigt. Ein weiterer Grund wäre, dass auch die betroffenen Institutionen und Einrichtungen rechtzeitig über mögliche Entwicklungen informiert sind. Selbstverständlich werde den Vertragspartnern diese Situation entsprechend erläutert.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte im Auftrag ihres Fraktionsvorsitzenden, wann die Fraktionen das Protokoll des Runden Tisches Hochhaus Riebeckplatz erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass am 02.10.2008 eine Auswertung des IBA-Tisches stattfindet. Danach werden die Fraktionen das Protokoll zusammen mit einer Information über die Auswertung des IBA-Tisches erhalten.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob es richtig sei, dass aufgrund der Haushaltssperre genehmigte HzE-Leistungen vom Juni bisher noch nicht freigegeben worden sind.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, konnte dies nicht bestätigen. Bei Pflichtleistungen könne der entsprechende Beigeordnete nach inhaltlicher Prüfung diese Vorgänge freigeben.

Herr Dr. Fuchs, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, fragte, ob und was die Verwaltung gegen Ratten in der Stadt unternimmt. An der Grünfläche am Steintor und am Parkplatz des Ärztehauses (ehemals Zentralpoliklinik) in Halle-Neustadt könne man innerhalb kürzester Zeit mehr als 20 Ratten zählen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass die Verwaltung schon über Jahre hinweg etwas gegen diese Tiere unternimmt. Im Bereich des Gesundheitsamtes werde in Abstimmung mit Hauseigentümern etwas gegen Ratten unternommen. Weiterhin werde durch das Gesundheitsamt auch die Rattenpopulation untersucht, um dem dann auch verstärkt mit bestimmten Bekämpfungsmaßnahmen entgegenwirken zu können. Es gebe auch jährlich einen Bericht, in dem alle unternommenen Maßnahmen aufgeführt sind.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte resultierend aus der Mitteilung von Herrn Geier zu den Vertragskündigungen im Bereich der freiwilligen Leistungen, ob dann auch die Arbeitsverträge der in den Theatern und Bädern beschäftigten Mitarbeiter gekündigt werden.

Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, so **Herr Dr. Meerheim** weiter, wurde u. a. beschlossen, dass die Wohnungsgesellschaften einen beträchtlichen Teil dazu beitragen sollen bzw. suggestive in den Jahren danach bestimmte Beträge zu zahlen haben. Für das nächste Jahr sind u. a. 57 Mio. € von der HWG vorgesehen, die in den städtischen Haushalt übertragen werden sollen. Dazu müsse ein Gesellschafterbeschluss im Stadtrat gefasst werden. Bisher liege ein solcher allerdings nicht vor. Wenn bis zum Jahresende keine Beschlüsse gefasst werden, gebe es keine Möglichkeit mehr, die 57 Mio. € in den städtischen Haushalt 2009 zu übertragen. Er fragte, wann die Verwaltung dem Stadtrat einen entsprechenden Beschluss vorlegen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete zur ersten Anfrage, dass die Arbeitsverträge mit den Mitarbeitern in den Bädern oder Theatern nicht gekündigt werden. Es ginge vielmehr um Fördermittel im Kultur, Sport-, Jugend- Gleichstellungs- und Sozialbereich. Dort gebe es Zuwendungsbescheide, aber auch Förderverträge. Im Bereich der Förderverträge wurde festgestellt, dass bei einigen die Kündigungsfrist ein Vierteljahr zum Jahresende beträgt. Und diese Verträge werden vorsorglich gekündigt, um auch den Stadträten bei der Einbringung des Haushalts 2009 Handlungsspielraum zu geben. Und diese Anweisung von Herrn Beigeordneten Geier unterstütze sie ausdrücklich.

Herr Dr. Meerheim deutete an, dass die Vertragskündigungen zur Folge hätten, dass die betroffenen Träger möglicherweise ihren Mitarbeitern bis 31.12.2008 kündigen müssen.

Daraufhin antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung im Oktober den Haushalt 2009 in den Stadtrat einbringen werde und in dem Zusammenhang könne darüber diskutiert werden. Sie wies darauf hin, dass die Fördermittel vor Einführung der Verträge von Jahr zu Jahr über Zuwendungsbescheide vergeben wurden. Von daher hatten die Träger damals auch keine Information über Zuwendungen im Folgejahr und mussten dann dementsprechend reagieren bzw. agieren. Und das könne man auch jetzt von den Trägern erwarten.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fügte hinzu, dass sie von der Verwaltung eine Übersicht zu den Vertragskündigungen der entsprechenden Träger in den Ausschüssen erwartet, da sie davon ausgehe, dass auch Differenzierungen vorgenommen wurden.

Zur zweiten Anfrage - Gesellschafterbeschluss zur HWG - äußerte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass im Oktober 2008 eine entsprechende Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht werde.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Verhandlungsstand zum „SILVA“ in der Silberhöhe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass innerhalb der Verwaltung eine Regelung gefunden wurde, das Stadtteilbüro ab 01.10.2008 wieder besetzen zu können. Sie bat Herrn Beigeordneten Neumann über den Verhandlungsstand zu informieren.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, äußerte, dass mit mehreren möglichen Trägern gesprochen wurde. Es habe sich herausgestellt, dass die für das „SILVA“ erhobene Miete das Hauptproblem ist. Dazu werde im nächsten Betriebsausschuss des Eigenbetriebes ZGM am 30.09.2008 von der Verwaltung vorgeschlagen, eine Änderung der Miete vorzunehmen. Wenn der Betriebsausschuss diesem Vorschlag folgt, stünde sofort ein Träger bereit.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, erklärte, dass das Landesverwaltungsamt im Genehmigungsbescheid vom 4. Januar 2008 zum Haushalt 2008 die Stadt aufgefordert hatte, bis spätestens 30.09.2008 eine Konkretisierung zur Position 7 des Konzeptes zum Abbau des Altdefizits vorzulegen.

Bis zur heutigen Sitzung wurde dem Stadtrat nicht die Möglichkeit gegeben, diese Konkretisierung im Stadtrat zu beschließen. Seines Erachtens müsse der Stadtrat, aber auch die Verwaltung diese Rechtssicherheit schaffen, um die Haushaltsführung bis Ende des Jahres zu ermöglichen. Er fragte, weshalb dem Stadtrat bisher keine Beschlussvorlage vorgelegt wurde und ob dies nachgeholt werde. Weiterhin fragte er, ob beim Landesverwaltungsamt eine Fristverlängerung beantragt wurde, um eventuelle Folgeschäden zu verhindern.

Des Weiteren informierte Herr Wolter über eine Presseinformation vom 23.09.2008 in der MZ, dass auf die Stadt im nächsten Jahr im Bereich der Bühnen Ausgabenerhöhungen von 9 Mio. € oder mehr zukommen. Er fragte, ob sich der Lenkungsausschuss nicht mit diesem Thema beschäftigt und wann dieser einberufen wird, um darüber zu verhandeln.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, teilte zur ersten Anfrage mit, dass die Verwaltung quartalsweise über den Stand der Konsolidierungsmaßnahmen sowie zum Abbau Altdefizit berichtet. Demzufolge sei schon zweimal gegenüber dem Landesverwaltungsamt zu dem Punkt 7 berichtet wurden. Zu diesen Berichterstattungen habe die Verwaltung keinerlei negative Rückmeldungen erhalten. Insofern gehe er davon aus, dass das Landesverwaltungsamt diese Informationen mit trägt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass darüber auch im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fortlaufend berichtet werde. Der städtische Haushalt wurde damals durch das Landesverwaltungsamt nicht beanstandet. Die Verwaltung wurde nur aufgefordert, regelmäßig zu berichten. Dieser Aufforderung komme die Verwaltung nach. Das Landesverwaltungsamt habe bisher auch keinen erhöhten Informationsbedarf angemeldet. Aufgrund dessen sehe sie keine Veranlassung, eine Fristverlängerung zu beantragen.

In Bezug auf die Mehrausgaben im Bereich der Kultur informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass Herr Beigeordneter Geier dazu im nicht öffentlichen Teil berichten werde. Es gebe bereits einen Beratungstermin, zu dem der Lenkungsausschuss und die städtischen Vertreter in dem zukünftigen Aufsichtsrat alsbald eingeladen werden, um darüber zu diskutieren.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte weiter, ob es möglich wäre, regelmäßig über den Stand der Prüfungen des Runden Tisches Hochhaus Riebeckplatz im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu berichten.

Für den Fall, dass das Sanierungsvorhaben nicht durchführbar sei, sollte ein konkretes Konzept für eine Neubebauung durch zwei Hochhäuser vorgelegt werden. Es wurde vereinbart, bis Mai 2009 einen Beschluss im Stadtrat zur Zukunft des Quartiers herbeizuführen.

Gleichzeitig bedankte sich Herr Wolter bei Frau Oberbürgermeisterin Szabados, dass sie sich so klar für die Hochhäuser am Riebeckplatz positioniert und nach Quartierslösungen gesucht habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte dem Vorschlag zu, regelmäßig im Ausschuss für Planungsangelegenheiten über den Stand der Prüfungen zu berichten.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, hatte beobachtet, dass ca. 1/3 der Fahrradfahrer abends bzw. nachts ohne Licht fahren. Er fragte, was die Verwaltung dagegen tun werde.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, äußerte, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Stadtwache und der Polizei die üblichen Überprüfungen durchführen werde. Herr Dr. Wiegand bat Herrn Bauersfeld dahin gehend um Unterstützung, wie er die 1/3 ermittelt habe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte zur Problematik Parken auf Schulhöfen, ob seitens der Verwaltung bereits eine Regelung getroffen wurde und ob Schüler eine Parkgebühr zahlen müssen für sonst leer stehende Parkplätze.

In dem Zusammenhang teilte Herr Bönisch mit, dass er in einer Hauptausschusssitzung darüber informiert wurde, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung für die Nutzung städtischer Parkplätze Parkgebühren zahlen müssen. Ein Personalvertreter habe allerdings behauptet, dass bisher niemand der städtischen Mitarbeiter Parkgebühren zahlt, da dies moniert wurde. Er fragte, ob die städtischen Mitarbeiter bereits Gebühren zahlen und ob die Höhe der Parkgebühren Verhandlungsgegenstand mit der Personalvertretung sei.

Für den Fall, dass es für beide Sachverhalte noch keine Regelung gibt, würde sich Herr Bönisch gerne mit daran beteiligen, eine gute Lösung zu finden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die von Herrn Bönisch genannte Anregung auf. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Richtlinie, „4 m² pro Schüler“ für die Pausengestaltung zur Verfügung zu stellen, habe die Verwaltung geprüft, auf welchen Schulhöfen das Parken möglich wäre. Ihres Erachtens sollten die Schulen in Verbindung mit den Schulkonferenzen in Eigenverantwortung klären, wem die Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Für den Parkplatz müsse dann aber auch eine entsprechende Gebühr gezahlt werden.

Die Verwaltung werde den Schulen den Vorschlag unterbreiten, die Hälfte der Einnahmen den Schulen zur Verfügung zu stellen, um bestimmte Dinge damit finanzieren zu können. Die andere Hälfte der Einnahmen soll dann den Schulen zur Verfügung gestellt werden, bei denen das Parken auf Schulhöfen aus Platzgründen nicht möglich ist.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bezog sich auf einen Antrag der SPD-Fraktion zur Baumschutzsatzung in der Stadtratssitzung am 28.05.2008. Dort wurde seitens der Verwaltung geantwortet, dass bereits ein Entwurf vorliege und innerhalb des kommenden Monats in die Ämterbeteiligung gegeben werden soll. Er fragte, wann der Entwurf der Baumschutzsatzung dem Stadtrat vorgelegt werde.

Des Weiteren fragte **Herr Wehrich** nach der aktualisierten Bedarfsliste Verkehr 2008. Bereits in der Stadtratssitzung am 30.01.2008 hatte er danach gefragt. Die Verwaltung hatte damals eine aktualisierte Bedarfsliste bis zum September 2008 zugesichert. Er brachte zum Ausdruck, dass diese noch im Vorfeld zur Haushaltsberatung 2009 von der Verwaltung vorgelegt werden sollte.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erwiderte, dass bezüglich der Baumschutzsatzung innerhalb der Verwaltung noch Diskussionsbedarf besteht. Spätestens im November 2008 werde sie dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

Zur Bedarfsplanung Verkehr äußerte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass die A143 möglicherweise erst im Jahr 2010 - eher später - realisiert werden könne. In diesem Zusammenhang müsse man sich darauf einstellen, dass in den nächsten Jahren im Stadtgebiet eine Reihe von Verkehrsströmen zu bewältigen sind. Dazu haben in den letzten Wochen und Monaten intensive Besprechungen auch mit namhaften Verantwortlichen des Landes Sachsen-Anhalt, u. a. mit dem Verkehrsminister, stattgefunden. Der Verkehrsminister werde sich verstärkt darum bemühen, die Realisierung der A143 zu forcieren. Er könne aber nicht ausschließen, dass es erneut eine Klagewelle geben wird. Er habe die Stadt um Unterstützung, aber gleichzeitig auch um Vorsorge gebeten. Aus diesen Erkenntnissen resultiert die Notwendigkeit, die Prioritätenliste zur Bedarfsplanung Verkehr darauf einzustellen. Herr Bürgermeister Dr. Pohlack gehe davon aus, dass bis zum Jahresende die Bedarfslisten Verkehr unter den neuen Prioritäten vorgelegt werden können.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., informierte über einen Zeitungsbericht in der vergangenen Woche, dass die Anlage in Heide-Süd zur Verflüssigung der Krankenhausabfälle genehmigt wurde. Dies sei doch wegen des B-Planes strittig gewesen und Herr Bürgermeister Dr. Pohlack hatte im Frühjahr eine Prüfung bzw. Widerspruch einzulegen, zugesagt. Er fragte, ob die Anlage in Betrieb gehen wird.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte ergänzend, ob die Anlage nach § 34 genehmigt wurde und ob die Verwaltung ihre Auffassung in der ablehnenden Stellungnahme revidiert habe.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erwiderte, dass nach seinen damaligen Ausführungen die Anlage mit oder ohne bestehenden gültigen Bebauungsplan in dem Maße, wie sie eine Experimentieranlage bleibe, genehmigungsfähig sei.

An dieser Stelle sei die Verwaltung zunächst nur für das Planungsrecht zuständig. Inzwischen sei die Anlage aber auch vom Landesverwaltungsamt als Immissionsschutzbehörde genehmigt wurden. Es wäre davon auszugehen, dass keine Auswirkungen auf das Umfeld stattfinden. Mit dieser Auffassung sehe er sich dadurch noch einmal bestärkt, dass der Betreiber derzeit eine größere Anlage plant und intensiv vorbereitet, in der dann tatsächlich

in größeren Mengen produziert werden wird. Diese Anlage soll in Ammendorf errichtet werden und befindet sich momentan im Antragsverfahren. Insofern beschränke sich die Anlage in Heide-Süd tatsächlich auf eine Experimentieranlage.

Zu den Ausführungen von Herrn Wehland äußerte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass in dem Falle das Landesverwaltungsamt als Immissionsschutzbehörde federführend sei. Die Verwaltung gebe im bauplanungsrechtlichen Zusammenhang eine entsprechende Stellungnahme bzw. Bewertung ab. In dem Sinne sei nach § 34 eine Einfügung in das vorhandene Baugebiet gegeben. Die damalige ablehnende Stellungnahme hing damit zusammen, dass es unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der tatsächlichen Gültigkeit des Bebauungsplanes gab. Letzten Endes wurde seitens des Landesverwaltungsamtes eine Fassung des Bebauungsplanes genehmigt, die seinerzeit der Stadtrat gar nicht beschlossen hatte.

zu 11 **Anregungen**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, regte an, vor Schulen Aschenbecher aufzustellen. Im Zuge des Nichtraucherschutzgesetzes müssen Schüler im öffentlichen Bereich vor der Schule rauchen. Dort sind die Schulen für die Entsorgung der Kippen nicht mehr zuständig. Da keine Aschenbecher vorhanden sind, werden Kippen in den Papierkörben oder auf dem Fußweg entsorgt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass sich das Schulverwaltungsamt bei der Schulaufsicht erkundigen werde, ob man bei berufsbildenden Schulen eine Ausnahme machen könnte und den Schülern die Möglichkeit gibt, weiterhin auf dem Schulhof zu rauchen. Anderenfalls werde dann die Aufstellung von Aschenbechern von der Verwaltung geprüft.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, ob die Verwaltung den Fraktionen im Vorfeld der überarbeiteten Vorlage „Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz“ die vom Studio 51 erarbeitete Konzeption Peißnitz zur Verfügung stellen könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bezog sich auf das Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 9. September 2008 zur Rückzahlung von Kassenbeständen durch die Fraktionen.

Im letzten Hauptausschuss am 17.09.2008 wurde darüber diskutiert, ob der Brief eine Verfügung darstelle. Daraufhin stellte Frau Oberbürgermeisterin Szabados klar, dass es hierbei lediglich um einen Diskussionsvorschlag ginge. Diesen habe sie mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass die Fraktionen über genügend Kassenbestände aus den Vorjahren verfügen, die bisher nicht zurückgezahlt werden mussten.

Unabhängig von der Diskussion im Hauptausschuss wurde die Zahlung der Sachkosten für den Monat September 2008 von der Verwaltung bereits eingestellt. Dies könne aber nur aufgrund einer Verfügung passieren.

Vor diesem Hintergrund regte **Herr Wolter** an, dass sich Frau Oberbürgermeisterin Szabados für ihre Darstellungen im Hauptausschuss entschuldigt, da es sich bei diesem Brief nicht nur um einen Diskussionsvorschlag handelt, sondern von der Verwaltung bereits entsprechend dieser Verfügung verfahren werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach Herrn Wolter ausdrücklich. Es sei keine Verfügung, sie habe lediglich den Vorschlag gemacht, die Überschüsse nicht zurückzufordern, sondern mit der Fraktionsfinanzierung zu verrechnen. Seitens der Verwaltung habe man angenommen, dass die Fraktionen mit diesem Vorschlag einverstanden sind, deshalb wurde die Zahlung der Sachkostenpauschale vorerst eingestellt. Da ihr zwischenzeitlich alle Fraktionen mitgeteilt haben, dass sie mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sind, werden die Sachkosten weiter gezahlt. Die nicht verbrauchten Mittel sind dann entsprechend der Auflage des Rechnungsprüfungsamtes am Jahresende an die Verwaltung zurückzuzahlen.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 47. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Der Stadtrat legte eine Pause von 10 Minuten ein.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin

Anlage:

Auszug aus der 47. Stadtratssitzung am 24.09.2008

Öffentlicher Teil: TOP 7.4 (Seite 20)

Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz Vorlage: IV/2008/07466

Auf Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE erfolgt ein Wortprotokoll.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE:

Frau Szabados, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Neumann! Sie haben ja überraschenderweise den Antrag beantwortet. Und ja, jetzt muss ich...

Frau Graichen hatte ja schon in der Bürgerfragestunde z. B. hingewiesen auf die zurückgegebenen Mittel 2.300 €. Diese Antwort ist auch von Ihnen unterschrieben wurden und Sie weisen in dem Antrag auf diese Antwort hin. Da verwundert es mich dann doch ein bisschen, dass hier steht: „5.600 € für Klettergerüste“ in unserer Antwort auf die Frage, die Herr Bönsch und ich im letzten Stadtrat stellten.

Deshalb habe ich den Antrag jetzt gestellt zur Fertigstellung. Weil es kann eigentlich nicht sein, dass der teuerste Spielplatz der Stadt Halle durchaus unfertig der Bürgerschaft übergeben wird und eigentlich Geld zur Verfügung stand. Und in Ihrer Antwort ja selber gesagt wird, dass für die Kletternetze Geld zur Verfügung... Hier steht es in der Antwort, ich kann ja nur das vorlesen, was hier drin steht und ich weiß nicht, was richtig und was falsch ist.

Außerdem hat die Bürgerinitiative von sich aus ja Spenden gesammelt wie Sie wissen. Und das waren damals ungefähr 8.500 €. Und da wäre jetzt noch mal zu fragen, warum denn diese 2.300 € zurückgegeben wurden, ohne z. B. eine Rücksprache mit der Bürgerinitiative getan zu haben oder vielleicht haben Sie das. Das steht ja noch im Raum. Da gab es ja keine richtige Antwort zu.

Und das zweite ist: Wie gehen wir, wenn Sie das jetzt ablehnen, zukünftig mit diesem Spielplatz um? Denn so wie er jetzt ist, kann er ja nicht bleiben.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Neumann

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit:

Ich bedanke mich noch mal Frau Wolff, dass Sie mich darauf hingewiesen haben. Ich habe mir die Antwort auch noch mal angesehen. Es ist richtig, dass die Jugendwerkstatt, die dort stattgefundenen Arbeitsmaßnahme schlussgerechnet hat. Das muss man ja machen bei solchen Arbeitsmarktmaßnahmen. Und dabei, bei dieser Schlussrechnung sind diese 2.300 € übrig geblieben, die dann selbstverständlich sozusagen an den Spender zurückgegangen sind.

Ich habe auch in der Antwort gesehen, dass dort über Kletternetze gesprochen worden ist. Das müssen wir uns noch mal angucken und prüfen. Also ich habe jetzt den Spielplatz im Moment nicht vor Augen. Ich kann Ihnen das insoweit nicht sagen.

Meine Antwort oder bzw. die Antwort, die die Verwaltung gegeben hat, ist ja auch nicht so zu verstehen, dass wir sagen, wir wollen dort nichts mehr tun. Im Gegenteil. Wenn da noch Mittel da sind, wenn der Verein noch Mittel hat, wenn sozusagen bei dem Spendengeber noch Mittel vorhanden sind, dann spricht nichts dagegen, dass man sozusagen den Spielplatz weiter entwickelt, wenn die Sachkosten zur Verfügung stehen.

Im Moment ist es so, dass die Arbeitsmarktmaßnahme, mit der der Spielplatz bis zum jetzigen Stand realisiert ist, abgerechnet ist, schlussgerechnet, d. h. da steht kein Personal und auch keine Sachkosten mehr zur Verfügung. Das was übrig geblieben ist, ist zurückgegeben wurden. Und wenn jetzt sozusagen Interesse daran besteht, dass das weiterläuft, spricht nichts dagegen, dass man im Grunde genommen, wenn die Mittel da sind und ausreichen, man dort das eine oder andere Projekt noch realisiert.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich möchte noch mal in aller Deutlichkeit klar stellen Frau Wolff, dass dieses Spielplatzprojekt nur möglich war, weil es eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme geworden ist. Und dann sprechen Sie bitte nicht von dem teuersten Spielplatz. Denn es ist einfach ein Unterschied, wenn wir in unserem Haushalt Geld eingestellt haben und eine Fachfirma beauftragen können. Dann ist ein Spielplatz einfach preiswerter zu machen, als wenn man 60 oder 65 junge Leute, denen man über diese Art und Weise eine sinnvolle Arbeit gibt, wenn die dann sozusagen mit der Hand diesen Spielplatz bauen. Und wenn die dann auch noch in die Heide gehen und dort Holz schlagen... Und was so alles gemacht worden ist. Und die haben sich darüber gefreut. Die waren mit Leib und Seele dabei und haben Anerkennung erfahren, weil sie diesen Spielplatz für die Bevölkerung, für die Familien in dieser Stadt gemacht haben.

Und jetzt muss ich noch mal sagen, Spenden sind mir nur bekannt von der Saalesparkasse, die an den Förderverein des Landesmuseums für Vorgeschichte gegangen sind. Das Landesmuseum, der Förderverein hat selber gesammelt und hat sozusagen den Anstoß gegeben, damit überhaupt noch eine Gegenfinanzierung da war. Und dann hat es noch eine Spende von REWE, glaube ich, an die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ gegeben. Andere Spenden und Fördermittel kenne ich nicht.

Und nach der Schlussrechnung, die es hier gegeben hat, gibt man das Geld an die Stelle zurück, von der man es gekriegt hat. Und das war der Förderverein des Landesmuseums für Vorgeschichte.

Und wenn jetzt dort von der Bevölkerung noch mehr gewollt wird, wenn dort noch dieses Mammut z. B. gewollt wird, was also wirklich auch sehr teuer ist, dann muss man gucken, dass man noch mal zu Spendenaktionen aufruft. Wir sind auch gerne bereit, über eine Arbeitsmarktmaßnahme das Aufstellen in die Reihe zu bringen.

Aber wir können uns angesichts dieser Haushaltssituation, die wir haben, jetzt nicht leisten, ein Mammut aus einem Stück geschnitzt für viel Geld zu finanzieren, wenn wir an anderen Stellen in dieser Stadt keine Spielgeräte haben. Also wir möchten doch bitte hier mal die Kirche im Dorf lassen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Wolff

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE:

Frau Szabados, ich lasse die Kirche im Dorf. Ich habe nämlich nicht vom Mammut gesprochen. Ich habe von den hier schon in Ihrer Antwort... Nicht in Ihrer, sondern unterschrieben von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack und Herrn Beigeordneten Neumann, vorgelesen, welche Baumaßnahmen eigentlich schon über diese Maßnahme hätten abgeschlossen sein müssen. Und da stehen die Klettermaßnahmen nun mal drin. Und auch dieser Pfahl. Und da kann ich nur sagen, wie soll es denn jetzt vollendet werden, wenn es die Kletternetze nicht gibt, obwohl es hier in dieser...Ich rede nicht von dem Mammut. Ausdrücklich habe ich davon nicht geredet, um das auch mal klarzustellen.

Das nächste, was ich noch fragen wollte. Was ich auch nicht verstanden habe in der Antwort von Herrn Neumann: Welche Flächenerweiterung soll es denn da geben? Das habe ich auch nicht beantragt. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen mit dieser Flächenerweiterung.

Und das dritte, was ich auch noch mal nachfragen wollte in dem Zusammenhang: Hier in der Antwort von Herrn Dr. Pohlack und Herrn Neumann steht, dass dieser Arbeitseinsatz 9 Monate gedauert hat. Uns ist jedenfalls bekannt gegeben worden, vom 01.12.07 bis zum 30.06.08 war das beendet, das stand ja sogar in der Zeitung. Und erst im September, Ende September gab es ja überhaupt die ersten Zusammenkünfte und die Baumaßnahmen begannen erst im Dezember. Das müsste noch mal abgeprüft werden, ob diese Monatszahl da überhaupt richtig ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Schmidt bitte.

Herr Dr. Schmidt, SPD-Fraktion:

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorgeschichte der Entstehung dieses Spielplatzes, die Baugeschichte dieses Spielplatzes, die zukünftige Baugeschichte dieses Spielplatzes, und ich denke, wir sind uns alle sicher, der wird fertig werden und hat auch noch eine zukünftige Baugeschichte. Es ist sicher hoch interessant und wird zur Belehrung zukünftiger Stadträte dienen, was man tut und nicht tut und wie man zu einem schönen und kostengünstigen Spielplatz kommt.

Wir verhandeln ja über einen Antrag, der sagt: Stadt nimm' Haushaltsmittel in die Hand, um noch in diesem Jahr den Spielplatz fertig zu stellen. Anders kann er nicht verstanden werden. Und diesem kann die SPD-Fraktion, können wir, glaube ich, alle nicht zustimmen, weil wir nämlich nicht über Haushaltsmittel verfügen werden, es sei denn jemand bietet eine Deckung an. Die Verwaltung sieht sich offensichtlich dazu nicht in der Lage, sonst hätte sie das getan.

Über Haushaltsmittel werden wir nicht verfügen, um dieses im Verlaufe des Jahres 2008 voranzutreiben, denn dann müssten wir im Jahr 2008 noch Rechnungen bezahlen. Und das werden wir nicht können.

Auch wir wünschen uns, dass der Spielplatz fertig wird. Ich könnte mir als Vater noch einiges vorstellen, was da auch sinnvoller Weise noch dazu gehört und was sich vielleicht der Verein ursprünglich gar nicht vorstellt, dass das da hinkommt. Aber das wird in diesem Jahr mit städtischen Mitteln nicht mehr geschehen können.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Also ich stimme hier den Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu. Dennoch denke ich, ist die Frage berechtigt, die Frau Wolff gestellt hat. Und ich glaube auch, die Bürgerin vorhin in der Bürgerfragestunde richtig verstanden zu haben. Es ging ihr in ihren Ausführungen her eigentlich nicht darum, wirklich zusätzliche städtische Mittel zu requirieren.

Die Frage sei ja gestattet, ob bei der Vergabe dieser arbeitsmarktpolitischen Dinge, die ja, wie Sie beschrieben haben, eine tolle Geschichte waren für die Jugendlichen, gleichwohl aber damit ja sicherlich ein Vertrag verbunden ist und bestimmte Leistungen dahinter stecken. So wie ich das, ich sage mal, mit jeder anderen Firma auch mache. Und wenn in der Leistungsbeschreibung „X“, die ich sozusagen festgelegt habe für die Erstellung eines Spielplatzes, das und das drin steht, dann habe ich dafür auch als Arbeitsamt oder als EfA so und so viel Mittel zur Verfügung gestellt. Und da bin doch als der ausführende Betrieb dazu verdammt, diese Leistungen auch vollständig zu erbringen.

Meine Frage: Sind die hier aufgeführten Dinge, sowohl das, was Frau Wolff hier vorgetragen hat und was die Bürgerin vorhin in der Fragestunde vorgetragen hat, sind das Mängel oder sind das Dinge, die tatsächlich zusätzlich wären, nachdem sozusagen der Vertrag mit den Leistungserbringern, das waren ja unterschiedliche, abgeschlossen war oder nicht?

Und ist das Geld, was da sozusagen ausgegeben wurde, an bestimmte Dinge, nämlich unter Einschluss der Sachen, die heute abgefragt werden, warum sie quasi noch nicht geschehen sind, damals so unterschrieben wurden oder nicht?

Das ist ja eigentlich die Frage, die dahinter steckt. Niemand hat ja sofort verlangt, dafür städtische Mittel auszugeben, sondern quasi wie so eine Art Mängelbeseitigung einzuklagen. So habe ich es verstanden. Ob das möglich ist, weiß ich nicht.

Aber diese Aussage würde ich schon ganz gerne seitens der Verwaltung mal haben. Ich bin jetzt nicht dafür, dafür zusätzliche städtische Mittel in die Hand zu nehmen, weil - da stimmt die Aussage der Stadt ganz einfach - die haben wir nicht.

Aber zu prüfen wäre trotzdem, ob die Bauausführenden, auch wenn es Jugendliche waren, die waren ja betreut, ob in dieser Leistung kompakt das alles enthalten war oder nicht. Wenn es drin war, dann muss man wenigstens mal fragen dürfen: warum ist es denn nicht zu Ende durchgeführt wurden?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Pohlack.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Also, ich will es mal teilweise beantworten. Die Leistungen, die wir Ihnen im letzten Monat aufgelistet haben, einschließlich der Kletternetze, die sind finanziert und sind da.

Es gibt nur noch ein ganz anderes Problem. Das wollte ich aber jetzt eigentlich nicht auf den Tisch legen. Es hat schon bei der Planung des Spielplatzes - ist ja auch eine Initiativplanung gewesen - durch einen Dritten ein paar Planungsfehler gegeben. Unter anderem der, dass die notwendigen Flächen für den notwendigen Fallschutz nicht ausreichend berücksichtigt waren. Und bei der Übergabe des Spielplatzes ist aus diesem Grunde von Seiten des TÜV eine zusätzliche Auflage erteilt wurden, dass dort nachgerüstet werden muss. Das ist der eine Punkt.

Und die anderen Dinge sind die inneren Ausstattungen dieser Häuser, die im Moment finanziell nicht darstellbar sind. Ich denke schon, dass wir uns darauf verständigen können, dass der Spielplatz fertig gestellt wird. Wir sagen damit eigentlich nichts anderes, als dass es in

diesem Jahr nicht mehr möglich sein wird. Aber natürlich bleiben wir an dem Projekt dran und würden versuchen, das Anfang des nächsten Jahres vollständig nachzurüsten. Das ist eigentlich gar keine Frage. Es ist nur so kurzfristig nicht...

Sie sehen ja auch diese ursprünglich geplanten 100.000 € von Seiten dieses externen Planungsbüros. Die waren ja in unserem Haushalt gar nicht eingeplant und sie haben sich eben im Nachhinein auch als nicht ausreichend herausgestellt. Deshalb hat es diese Arbeitsmaßnahme gegeben, mit der wir gedacht haben, wir können wenigstens einen großen Teil dieser nicht vorhandenen finanziellen Mittel überbrücken. Und jetzt sind wir eben nicht ganz zu Ende gekommen und müssen das jetzt neu angehen und die Ergänzung im Frühjahr des nächsten Jahres vollziehen. Das ist das, was uns als Lösung vorschwebt. Aber nicht unter Zeitdruck bis Jahresende.

Zwischenrufe ohne Mikrofon, nicht verständlich.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Meerheim, Mikrofon bitte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Er hat halt nur einen Teil der Frage beantwortet. Er hat noch nicht...also...das kann ich alles akzeptieren, was Sie vorgetragen haben. Aber meine Frage, ob es Mängel sind oder nicht, die jetzt hier aufgezählt wurden durch den Antragsteller, wie die Bürgerin, im Rahmen der Gesamtmaßnahme und der Ausführung dieser Maßnahme. Oder sind es tatsächlich Zusatzleistungen? Weil ich mir schlecht vorstellen kann, dass der Kletterbaum, so wie er konzipiert war, ohne z. B. diese Rundstäbe als Kletterbaum funktionieren kann. Dann ist es, wie die Frau vorhin gesagt hat, halt ein Marterpfahl. Da kann ich Indianer spielen, aber nicht klettern - jetzt bloß bildlich mal gemeint, nicht böse gemeint.

Sondern meine Nachfrage, sind das Mängel oder steht der Pfahl jetzt da, weil das Geld ausgegangen ist und die Rundstäbe gefehlt haben und also noch jemand irgendwelche Fehler gemacht hat? Oder warum ist das so, dass der Kletterpfahl kein Kletterpfahl ist?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Also wenn man von Mängeln sprechen will, dann bezieht sich das vor allen Dingen auf die Planungsleistungen. Und der Kletterpfahl ist einfach nicht bis zu Ende ausgeführt wurden bisher.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

So Frau Wolff, wenn Sie sich zum Fraktionsvorsitz aufschwingen, zum dritten Mal bitte.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE:

Also ich wollte nur mal zu Herrn Dr. Schmidt: wir wollen keine zusätzlichen Mittel beantragen. Von mir aus könnte ich sogar einen Änderungsantrag stellen, dass das ohne das Mammut so fertig gestellt wird, wie es Herr Dr. Meerheim und ich und auch die Bürgerin gesagt hat, dass die Mängel - eben der Marterpfahl ein Kletterpfahl wird, die Bänke, die sicherlich auch da geplant waren, denn die Hütten sind ja nicht leer geplant wurden und die Gerüste stehen ja schon alle irgendwie da blind in der Gegend rum -, dass das vollendet wird. Wann die Stadtverwaltung das macht, da müsste sie mal einen Zeitplan noch vorgeben. Aber ich wehre mich einfach dagegen, das so abzulehnen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Weiß.

Frau Weiß, CDU-Fraktion:

Herr Dr. Pohlack, Sie haben aus meiner Sicht die Frage von Herrn Dr. Meerheim, die ich ganz interessant finde, noch nicht richtig beantwortet. Gehören nun die Netze und diese Vervollständigung des Pfahles zum Leistungsumfang, der in Auftrag gegeben wurde oder nicht? Und mich würde auch interessieren: wer hat denn die Planung, die letztendlich fehlerhaft war, in Auftrag gegeben? Die Stadt oder der Verein?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Pohlack.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack:

Zur zweiten Frage: der Verein. Wir haben dann, so wie wir es im letzten Monat beantwortet haben, lediglich dieses Planungsbüro übernommen, aber die Dinge waren vorher auf Initiative des Vereins im Gange.

Die erste Frage zu den Sicherheitsnetzen ist dann in der Tat gegenüber der ursprünglichen Planung eine echte Mehrleistung, weil die geplanten Fallschutzmaßnahmen nicht ausreichend waren.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Weiß, es wird nicht verstanden. Kommt nicht so auf das Band.
Herr...ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolter.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Frau Oberbürgermeisterin! Sie haben sich sehr engagiert für die Fertigstellung dieses Spielplatzes. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI hat sich in mehreren Sitzungen damit befasst, fragend und auch Antwort stehend an die Verwaltung, um ausgiebig das komplexe Problem einer Maßnahme des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung in Verbindung mit der Bürgerinitiative, mit der Initiative der Bürger, mit den Planungsleistungen der freien Architekten hier in der Stadt und natürlich auch mit den Problemen innerhalb der Verwaltung mit den Ämtern zusammenzuarbeiten, die Interessen der Eigentümer, des Fördervereins des Landesmuseums zurecht zu kriegen.

Die Frage der Antragsteller steht hier weiterhin im Raum. Und deswegen verweise ich den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, um dort schnellst möglich, dass was Herr Neumann geschildert hat, das Interesse der Verwaltung zu klären, in welcher Form hier dieser Spielplatz und in welcher Art und Weise er fertig gestellt wird. Und dass was Herr Dr. Pohlack ausgeführt hat, zu konkretisieren. Und auch Aussagen zu treffen zum Preis. Weil der Wunsch hier im Raum steht, dass es kostenfrei ist. Aber ich denke, dass es nicht belastbar ist. Und deswegen auch im Interesse, dass wir diesen Antrag vielleicht mit tragen können, dort Belastbares herbeizuführen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Wolter, Sie tun das im Namen der Fraktion?

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger:

Ja.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Das ist gut so. Und dann kann also zu dem Verweisungsantrag gesprochen werden. Wenn das nicht der Fall ist, ist dieser Antrag 7.4 in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verwiesen.

Ende des Wortprotokolls.